

Zeitschrift: Regio Basiliensis : Basler Zeitschrift für Geographie
Herausgeber: Geographisch-Ethnologische Gesellschaft Basel ; Geographisches Institut der Universität Basel
Band: 11 (1970)
Heft: 1

Artikel: Zur Methodik der regionalen Planung von Bildungseinrichtungen
Autor: Eichenberger, Ulrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1089213>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DISKUSSION UND METHODE · DISCUSSION ET MÉTHODE

Zur Methodik der regionalen Planung von Bildungseinrichtungen

ULRICH EICHENBERGER

1 Die Notwendigkeit von Bildungsplanung und Bildungsforschung

Wie die Planung von anderen Infrastrukturanlagen, so ist die Planung von Bildungseinrichtungen ebenfalls begründet durch die Forderung, den zu erwartenden Bedarf mit den vorhandenen Mitteln optimal zu befriedigen und damit eine bestmögliche Versorgung sicherzustellen. Gewisse Fachbereiche der Infrastrukturplanung haben seit geraumer Zeit zentrale Bedeutung innerhalb von nationalen und regionalen Entwicklungs- und Förderungsmassnahmen erlangt (so vor allem der Sektor Verkehr), nicht zuletzt wohl deshalb, weil die zuständigen Behörden gerade in diesen Planungsbereichen wirksame Beeinflussungsmöglichkeiten und direkte Entscheidungsbefugnisse haben. Heute beginnt man allgemein zu erkennen, dass auch dem Bildungssektor im sozio-ökonomischen Bereich erstrangige entwicklungsbestimmende Bedeutung zukommt, und zwar nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch — wir möchten geradezu sagen: in erster Linie — auf regionaler Ebene.

Dies wird von Geipel folgendermassen begründet: «Neuerungen sozialkultureller Art (beispielsweise auch schulischer Art) leiten ... häufig Innovationsprozesse ein», weshalb «die katalytische Wirkung z. B. einer modernen Mittelpunktschule auf die geistige Haltung der künftig in ihrem Kraftfeld lebenden Bevölkerung nicht unterschätzt werden» darf (Geipel 1968, S. 159). Bergjohann sieht die Bildungsplanung als Mittel zur Überwindung von strukturellen Unterschieden: «Wird die regionale Bildungsplanung ... als ein Instrument der Regionalpolitik anerkannt, so zählen Bildungsinvestitionen in Form allgemeiner und berufsbildender Schulen ... zu regionalen Entwicklungsmassnahmen, die geeignet sind, strukturelle Unterschiede zwischen wirtschaftlich begünstigten Bezirken und in der Entwicklung zurückbleibenden Gebieten zu mildern» (Bergjohann 1967, S. 11).

Von zentraler Bedeutung für die Planung ist die bis vor wenigen Jahren noch stark vernachlässigte *Bildungsforschung*. So kam auch an der 6. Studientagung der Arbeitsgemeinschaft für Koordination der kantonalen Schulsysteme in der deutschsprachigen Schweiz deutlich zum Ausdruck, «dass in der Schweiz eine seriöse Schulreform und eine dauerhafte Koordination der Schulsysteme nicht möglich ist, ehe eine umfassende Grundlagenforschung die nötigen Voraussetzungen zu soliden politischen Entscheiden geschaffen haben wird» («National-Zeitung» Nr. 71 vom 12. Februar 1968). Die Forschung hat vor allem die Aufgabe, dem Handeln das Wissen um die Voraussetzungen und Auswirkungen voranzustellen und das Instrumentarium der Bildungsplanung weiter zu entwickeln (zu berücksichtigende Zusammenhänge, Richtwerte usw.; beispielsweise wäre abzu-

klären, welcher Zusammenhang zwischen der Hierarchie der zentralen Orte und den günstigsten Standorten von bzw. deren Ausstattung mit Bildungseinrichtungen verschiedener Art besteht). Jedenfalls rechtfertigen die hohen Investitionsanforderungen an Gemeinden und Kantone eine intensive wissenschaftliche Bearbeitung der auftretenden Probleme und eine gewissenhafte Vorbereitung der Bildungsplanung.

Die *jüngsten Forschungsbeiträge* haben die Notwendigkeit der Bildungsplanung offenkundig zutage treten lassen; sie «ergibt sich aus der gegenwärtigen Diskrepanz zwischen den gesellschaftspolitischen Zielen für die Entwicklung des Bildungswesens und der Realität von Bildungsbeteiligung und Bildungsinhalten» (Geissler und Back 1969, S. 3). «Zahlreiche schulische und gesellschaftliche Barrieren sind inzwischen bekannt. Sie haben dazu geführt, dass Arbeiterkinder, Kinder aus der Landbevölkerung, katholische Kinder und schliesslich Mädchen im allgemeinen an weiterführenden Schulen unterrepräsentiert sind. Neuere Forschungen berechtigen ausserdem zu der Schlussfolgerung, dass auch im Bildungswesen — wie in anderen Funktionsbereichen — die räumlichen Verhältnisse als Variable des Sozialverhaltens berücksichtigt werden müssen» (Geissler und Back 1969, S. 7). Das Eidgenössische Statistische Amt hat schon 1960 festgestellt, dass nur 5½ % der schweizerischen Hochschulstudenten aus Arbeiterkreisen stammen («Basler Nachrichten» Nr. 147 vom 8. 4. 1964). Ähnliche Sachverhalte wurden auch von Bienz für auswärtige Schüler an Basler Gymnasien gefunden (Bienz 1968). Geipel spricht von Bildungsgefälle und Erschliessung von Begabtenreserven; «so bot es sich an, Schulgeographie einmal anders aufzufassen, nämlich als Geographie der Schulen, ihrer Standorte und Reichweiten und der geistigen Prägung ihrer Einzugsgebiete» (Geipel 1969, S. 16). Ein starker statistischer Zusammenhang von (niedrigem) relativem Schulbesuch an Gymnasien einerseits und (geringer) Gemeindegrösse oder (niedriger) Bevölkerungsdichte sowie (hohem) Anteil von Schülern in ein- und zweiklassigen Volksschulen andererseits wird von Bergjohann und Geissler nachgewiesen (Bergjohann und Geissler 1966, S. 41). Die Pflege der Bildung in wenig dicht besiedelten, eher abgelegenen Regionen erscheint daher von vorrangiger Bedeutung. «Eine ebenso entscheidende Rolle (wie die sozialen Barrieren im Schulbesuch) spielen jedoch oft die Verteilung des Schulangebots und dessen Erreichbarkeit» (Eichenberger 1969 a, S. 131). Über letzteren Problemkreis werden momentan Studien im Fortgeschrittenen-Praktikum des Geographischen Instituts der Universität Basel betrieben.

Es wird immer wieder darauf hingewiesen, dass regionale und soziale Disparitäten in der Bildungsbeteiligung und in der schulischen Ausstattung nicht mit den Prinzipien der Gewährleistung gleicher Chancen für alle übereinstimmen. Ein möglichst hoher Bildungsgrad muss heute als eine Existenzgrundlage der Gesellschaft und des Einzelnen gewertet werden. Mannigfaltig und gewichtig sind demnach die Gründe für eine hochrangige Einstufung der Bildungsplanung in der Prioritätsskala regionaler Entwicklungsmassnahmen. Man überlege, in welchem hohem Ausmasse eine bestehende Bildungseinrichtung (als weitgehend immobile räumliche Realität!) die Verhältnisse von Schulbesuch, Schulweg usw. prägt, und man vergegenwärtige sich, dass die Abwanderung aus ländlichen in städtisch strukturierte Räume zu einem nicht unbedeutenden Teil mit erhöhten Bildungsanforderungen begründet wird, um die Bedeutung des gerade auch für den Geographen sich eröffnenden Arbeitsgebietes der Bildungsforschung zu erkennen.

2 Die regionale Planung von Bildungseinrichtungen

Ein einfaches Schema soll die einzelnen Schritte zur Ermittlung der künftig zu realisierenden Massnahmen im Bildungssektor erläutern (siehe Abb. 1).

Ausgangspunkt jeder regionalen Planung muss die Erfassung der heutigen Struktur und der bisherigen Entwicklung bilden. Die wichtigsten eine Region beschreibenden Strukturmerkmale, welche einer Bildungsplanung zugrunde gelegt werden müssen, sind im Katalog 1 festgehalten. Sie beschränken sich nicht nur auf Bevölkerungs- und Wirtschaftsdaten, da ausser der Schülerzahl verschiedene weitere Sachverhalte ermittelt werden sollen, wie etwa Bildungsbeteiligung, Einzugsbereiche und Standorte. Auf solchen quantifizierten Merkmalen, welche den geographischen Inhalt eines Gebietes beleuchten, basiert die Prognose. Die Erarbeitung eines auf Hypothesen über zu erwartende Entwicklungstrends beruhenden Zukunftsbildes der Region stellt den ersten Schritt zur Bedarfsermittlung dar (vgl. dazu Kapitel 32).

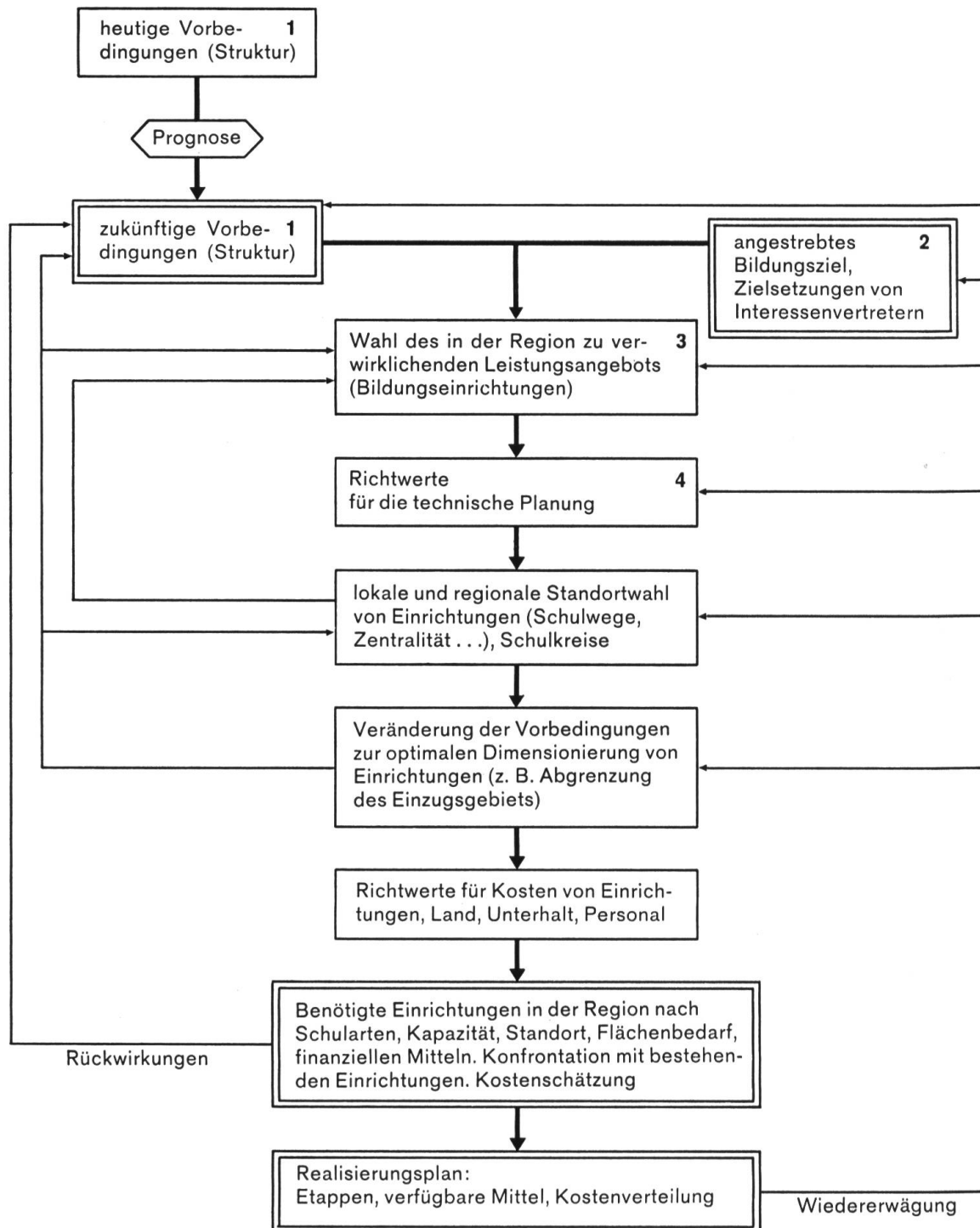
Das anzustrebende Bildungsniveau der Bevölkerung und weitere Zielsetzungen im Bildungssektor bilden für die Planung zu berücksichtigende Voraussetzungen. Vor allem Merkmale wie Bildungsbeteiligung an den einzelnen Schularten, Schulsystem, Standorte sowie Abgrenzung von Schulkreisen werden stark durch die nicht unveränderlichen Zielvorstellungen von Gesellschaft, Staat usw. beeinflusst (siehe Katalog 2 der verschiedenartig motivierten Zielsetzungen). Als wirtschaftlich begründete Interessen können beispielsweise genannt werden: der vorausgeschätzte Bedarf an ungelernten bzw. gelernten Arbeitskräften und an Fach- und Führungskräften sowie die durch den technischen Fortschritt, durch betriebliche Umstellung sowie durch heute immer häufiger auftretende Stellen- oder gar Berufswechsel hervorgerufene Notwendigkeit der Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer.

An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass beispielsweise die allgemein anerkannte Zielvorstellung einer Garantie gleicher Chancen für jeden Einzelnen nicht durch die Bereitstellung von Bildungseinrichtungen allein erfüllt werden kann; vielmehr sollten gleichzeitig Bildungserleichterungen und eine Förderung der Entscheidungsfähigkeit bei der Wahl der Bildungsart oder des Berufs ins Auge gefasst werden (finanzielle Unterstützung, Aufklärung, Unterrichtsgestaltung, Schulsystem usw.).

Ein weiterer Schritt besteht in der Auswahl der innerhalb der Region zu verwirklichenden und der ausserhalb zu besuchenden Bildungseinrichtungen (siehe Katalog 3); diese Entscheidung hängt nicht nur von der Frage einer genügend grossen Schülerzahl für die jeweiligen Einrichtungen ab, sondern auch von der Lage der Siedlungen der Region zu den benachbarten zugänglichen Bildungsstätten der jeweils betrachteten Art, vom Schulsystem und der Qualität der Schulen in benachbarten Regionen, vom Grad der Eigenständigkeit und besonderen Struktur der Region den Nachbarräumen gegenüber, von der Aktivität der lokalen und regionalen Behörden, Vereine und Einzelpersonen, von den bildungsbezogenen Zielsetzungen und Ansprüchen usw.

Mit Hilfe von Richtwerten können alsdann die prognostizierten Schülerzahlen — unter Berücksichtigung der Zielvorstellungen — auf die einzelnen Schularten und Klassen verteilt wie auch das Raumprogramm u. a. m. ermittelt werden

Abb. 1 Schema zur Planung von Bildungseinrichtungen einer Region



1 Katalog der Strukturmerkmale

Siedlungsgrösse und -struktur
 Verteilung der Bevölkerung
 Bevölkerungsentwicklung
 Bevölkerungsstruktur (Altersstruktur . . .)
 Erwerbsstruktur der Berufstätigen
 Pendelwanderung
 Arbeitsplatzverteilung
 Wirtschaftsstruktur
 Verkehrssituation
 politische / administrative / organisatorische Struktur
 geographische Gliederung der Region
 Schülerzahl
 Jahrgangsstärke
 Bildungsbeteiligung an Schulstufen und -arten
 Schulsystem (kantonale Vorschriften, Organisation . . .)
 Abgrenzung schulischer Einzugsbereiche

2 Katalog der Interessenkonstellationen

sozial begründete Bildungsnachfrage
 kulturell begründete Bildungsnachfrage
 gesellschaftspolitische Zielsetzungen
 staatspolitische Zielvorstellungen
 wirtschaftliche Interessen
 übrige Interessenträger (Eltern . . .)

3 Katalog der Bildungseinrichtungen

Bildung im Vorschul-Alter	Kindergarten	
allgemeine Schulen	{ Primarschule Oberschule Sekundarschule Bezirksschule	
	{ Hilfsschule Sonderschule	
	Mittelschulen	{ Progymnasium Realgymnasium Humanistisches Gymnasium
		Höhere Schulen
Hochschulen		
		Berufsschulen
Erwachsenenbildung	{ Weiterbildung Umschulung Volkshochschule	

4 Katalog der Richtwerte für die technische Planung (z. T. kantonale Empfehlungen, z. T. Durchschnittswerte, Erfahrungswerte)

Klassengrösse
 durchschnittliche Ausbildungsdauer

 benötigte Räume (inkl. Spezialräume)
 Kombination von Einrichtungen
 Auslastung von Einrichtungen
 kombinierte Nutzung von Einrichtungen
 Landbedarf

(siehe Katalog 4). Wie Isliker bemerkt, sind die zur Bedarfsermittlung benötigten Richtwerte zum Teil abhängig von den einen Untersuchungsraum charakterisierenden Strukturmerkmalen, wobei es für die Planung auch unveränderliche Richtwerte gibt (beispielsweise die obligatorische Schulpflicht von neun Jahren). Allerdings muss ein künftiger Zustand meist mit zahlreichen veränderlichen Werten, deren Grössenordnung unseren heutigen Verhältnissen entnommen wird, beschrieben werden, ohne dass deren Veränderlichkeit mit genügender Wahrscheinlichkeit vorausgesagt werden kann (siehe Isliker 1968).

Ein die Mithilfe von Geographen geradezu herausforderndes Thema im Rahmen der Bildungsplanung bildet die Ermittlung von Schulkreisen sowie zweckmässiger Standorte für die einzelnen schulischen Einrichtungen (sowohl lokal als auch in regionalem Rahmen; siehe Kapitel 33). Derartige Entscheidungen können sich auf die schon getroffene Wahl des in der Region zu verwirklichenden Leistungsangebots verändernd auswirken, was im Schema angedeutet ist (siehe Abb. 1).

Unter Umständen müssen formulierte Vorbedingungen modifiziert werden, um zu optimaler Dimensionierung von Bildungseinrichtungen zu kommen. Ein erneutes Überdenken kann sich auf die Abgrenzung von Einzugsgebieten, auf der Schülerprognose zugrunde liegende Hypothesen, auf die Verkehrssituation, jedoch auch auf die Auswahl der regionalen Einrichtungen und auf die Standortwahl erstrecken (siehe Abb. 1).

Schliesslich führen Richtwerte über die Erstellungs- und Unterhaltskosten zur Abschätzung des regionalen Bedarfs an Bildungseinrichtungen, differenziert nach Schularten und Räumlichkeiten, nach Kapazität, Standort und Flächenbedarf sowie nach dem Finanzaufwand. Dieser Sollbedarf muss mit den bestehenden Einrichtungen konfrontiert werden, damit der zusätzlich entstehende Bedarf zuzüglich eines eventuellen Nachholbedarfs oder abzüglich eventuell vorhandener Reserven bekannt wird, wofür sich die finanziellen Auswirkungen abschätzen lassen.

Die sukzessive Bereitstellung der dem zukünftigen Bedarf genügenden Bildungseinrichtungen kann Rückwirkungen auf einzelne prognostizierte Strukturmerkmale verursachen (siehe Abb. 1), so vor allem auf die Attraktivität der Region und die Bevölkerungsentwicklung (und damit auf die Prognose der Schülerzahl), auf einen erhöhten Besuch weiterführender Schulen, auf die Zahl der Arbeitsplätze, eventuell auf die räumliche Verteilung der Bevölkerung u. a. m.

Einer Bedarfsermittlung folgt der Realisierungsplan, welcher die Etappen der Verwirklichung festlegt, die Verteilung der Kosten auf die Nutzniesser vornimmt und den gesamten Bedarf oder denjenigen einzelner Etappen mit den für den Bildungssektor verfügbaren Mitteln konfrontiert. Falls die Realisierung der benötigten Bildungseinrichtungen nicht vollumfänglich möglich ist, folgt eine Wiedererwägung der einzelnen Vorbedingungen, Hypothesen, Zielsetzungen, Richtwerte und Zwischenentscheide (siehe Abb. 1). Unter Umständen muss der ganze Planungsablauf mit veränderten Prämissen nochmals vollzogen werden, bis eine realisierbare Lösung gefunden wird.

Die Entscheidungsträger (lokale, regionale, kantonale Behörden usw.) werden nicht erst in diesem Augenblick der Realisierungsentscheidung zur Bildungsplanung Stellung nehmen; sie sind mit dem Fällen von Vorentscheiden und in Beraterfunktion während des ganzen Planungsablaufs sichtbar (z. B. Interessenvertreter bei der Formulierung des angestrebten Bildungszieles, kantonale Behörden bei der Festlegung von Richtwerten usw.). Als letzte Instanzen werden der Kanton mit der Gewährung von Subventionen sowie das Volk mit der Annahme zusätzlicher Kreditbegehren der Bildungsplanung oder einzelnen Etappen bzw. Teilrealisierungen ihre Zustimmung zu geben haben.

3 Eine Fallstudie: Die Schulplanung für den Bezirk Thierstein

Die Initiative zur Durchführung einer regionalen Schulplanung ging von der Schulhausbaukommission der Gemeinde Breitenbach/SO aus, welche ihre Schulbauten voll ausgelastet sah. Es wurde erkannt, dass nur eine umfassende mittel- bis langfristige Bedarfsermittlung Fehlinvestitionen wirkungsvoll vermeiden könne und dass sich diese der Existenz verschiedener Kreisschulen wegen nicht auf den zentralen Ort Breitenbach allein beschränken dürfe. Die Studienkommission für Schulplanung hat den Schreibenden, welcher im Jahre 1968 die Gelegenheit hatte, während eines Vierteljahres die methodischen und praktischen Arbeiten zur Bildungsplanung innerhalb der interdisziplinären Arbeitsgruppe Standortforschung der Technischen Universität Hannover¹ zu studieren, sowie die Abteilung für geographische Grundlagenforschung der Basler Region² am Geographischen Institut der Universität Basel im November 1968 beauftragt, die Planung von Bildungseinrichtungen für den Bezirk Thierstein durchzuführen. Teil I der Schulplanung Thierstein (Schülerprognose für Primar-, Ober-, Sekundar- und Bezirksschule, Standorte, Einzugsbereiche) konnte im April 1969, Teil II (übrige Schularten, Zusammenfassung) im November 1969 abgeschlossen und dem Auftraggeber überreicht werden (siehe Eichenberger 1969b).

Das Untersuchungsgebiet erstreckt sich auf die Bezirke Thierstein (Kanton Solothurn) und Laufen (Kanton Bern), demnach auf das Gebiet der Regionalplanung Laufen-Thierstein. Dies wurde notwendig, da grosse Teile dieser Bezirke dem geographisch abgegrenzten Laufener Jura angehören (siehe Gallusser 1961), welcher in manchen Beziehungen als Einheit aufzufassen ist (Verkehrsverhältnisse, Wirtschaftsraum usw.). Sichtbare Auswirkungen der Zusammengehörigkeit über Kantonsgrenzen hinweg bilden die gemeinsame Regionalplanung, das interkantonale Progymnasium und weitere von Schülern beider Bezirke besuchte Schulen (Sonderschule, kaufmännische und landwirtschaftliche Berufsschule, Abteilungen der gewerblichen Berufsschule).

Der im Schema der Abb. 1 vorgeschlagene Weg zur Erarbeitung einer Bildungsplanung konnte nicht in vollem Umfang gegangen werden. Basierend auf Beratungen der im Rahmen des Auftrages ermittelten Planungsunterlagen durch die zuständigen Behörden und durch interessierte Personen, wird der Bedarf an zusätz-

¹ Der Leitung der Arbeitsgruppe Standortforschung, Prof. Wilhelm Wortmann und Universitätsdozent Dr. Clemens Geissler, sei für ihr Entgegenkommen auch an dieser Stelle gedankt.

² Für die zeitweilige Mitarbeit bei der umfangreichen Materialbeschaffung und -verarbeitung zum Teil I der Schulplanung Thierstein sei Herrn Hugo Heim, Basel, für die Mitarbeit im Rahmen der Abteilung für geographische Grundlagenforschung Herrn Miloslav Gütling, Basel, bestens gedankt.

lichen Räumlichkeiten und an finanziellen Mitteln für jeden Standort noch abzuklären und danach auch der Realisierungsplan aufzustellen sein. In vorliegender Studie wurde jeweils vorausgesetzt, dass sowohl genügend Geldmittel für Land-sicherung, Anlagen usw. als auch Lehrkräfte im entscheidenden Zeitpunkt vorhanden sein werden. Auf die volle Weiterbenützung von bestehenden Schuleinrichtungen wurde nicht Rücksicht genommen, da andernfalls zu befürchten wäre, dass Kreditbegehren für Massnahmen zur optimalen Erfüllung der Zielvorstellungen unter Umständen an Wirkung verlieren könnten.

Eine gewisse Einschränkung erfuhr die Untersuchung auch insofern, als die Erwachsenenbildung nicht einbezogen wurde (Umschulung, Weiterbildung); Ansätze sind in der Region vorhanden (Volkshochschulkurse, vereinzelte weitere Kurse sowie betriebsinterne Umschulung).

Es soll nun nicht auf alle Details der Erarbeitung der Schulplanung Thierstein oder auf deren Ergebnisse eingegangen werden — diesbezügliche Unterlagen liegen vollumfänglich in vervielfältigter Form (Eichenberger 1969b) und in einer gekürzten Fassung auch publiziert vor (Eichenberger 1969c). Hingegen dürften einige nicht nur die vorliegende Fallstudie betreffende Probleme und Überlegungen zur Methode und Erarbeitung der Schulplanung von allgemeinem Interesse sein.

31 Probleme der Grundlagenbeschaffung

Bestrebungen zur Verbesserung von Unterlagen zur Bildungsstatistik haben in der Schweiz erst vor kurzem zu sichtbarem Erfolg geführt, obwohl immer noch viele Wünsche offen bleiben müssen; bisher ist es beispielsweise noch nicht möglich, die Maturanden auf ihrem weiteren Weg statistisch zu verfolgen und damit Anhaltspunkte über den Bildungserfolg zu liefern³. Für die Bildungsforschung besonders wertvolle Merkmale, wie beispielsweise der Bildungsstand der Eltern oder deren Gliederung in Einkommensklassen u.a.m. sind in den schweizerischen Schülererhebungen nicht vorgesehen.

Für das Schuljahr 1968/69 wurden erstmals *vergleichbare Daten zur Schülerstatistik* in den schweizerischen Kantonen erhoben; die Vergleichbarkeit bleibt jedoch häufig der verschiedenen Schulsysteme wegen beschränkt. Obwohl das Material der ersten umfassenden Schülererhebung des Kantons Solothurn im Zeitpunkt der Grundlagenbeschaffung zur Schulplanung Thierstein erst in Form von ausgefüllten Zählkarten aller Schüler und Schulabteilungen vorlag und weder eine Sichtung, Kontrolle und Redaktion noch eine Verarbeitung begonnen hatte, konnte durch eine eigene Auszählung noch Nutzen aus der Erhebung gezogen werden. Allerdings war eine Beschränkung auf die für die Auftragserfüllung wichtigsten Gebiete nicht zu vermeiden (in unserem Falle auf die Auswertung sämtlicher Schüler-Zählkarten der Gemeinden Breitenbach und Büsserach und der Schulabteilungs-Zählkarten der Schulen im Bezirk Thierstein); ein die Interpre-

³ Auskunft von Dr. Werner Humm, Akademischer Berufsberater, Basel.

tation der ermittelten Daten erswerender Verzicht auf die jeweiligen kantonalen Durchschnittswerte musste ebenfalls hingenommen werden.

Wertvolles Unterlagenmaterial versprach vor allem die Frage 9 der Schüler-Zählkarte der Schulstatistik des Kantons Solothurn vom 2. Dezember 1968 zu liefern (gegenwärtiger Hauptberuf des Ernährers und Stellung in diesem Beruf). Die Teilfrage nach dem *Hauptberuf des Vaters* wurde jedoch oft derart unsachgemäss beantwortet, dass an eine Verwendung der Resultate nicht gedacht werden konnte⁴.

Von grösserer Aussagekraft erwies sich die Auswertung der *Sozialstruktur* (Stellung des Vaters im Beruf). Die fragmentarische Auszählung der Schülererhebung konnte jedoch noch keine Bestätigung der auf deutschen Studien basierenden Hypothesen über die Beziehung zwischen der Sozialstruktur und der jeweiligen Zugangsquote an die Schulen der Oberstufe erbringen (siehe S. 68). Jedenfalls lassen die Daten zur Sozialstruktur nach ihrer maschinellen Auswertung für den ganzen Kanton ausser der erwähnten Beziehung auch wichtige Aufschlüsse über den inhaltlichen Wert der gestellten Frage erwarten.

Im Kanton Basel-Landschaft sind die genannten Schwierigkeiten durch die vollständige Auswertung von zwei Schulerhebungen deutlich zum Vorschein gekommen. Die Anforderungen an eine umfassende Grundlagenbeschaffung werden klar erkannt: «Der jeweilige Sozialstatus, und damit verbunden das Sozialbewusstsein, dürfte im einzelnen durch den erreichten Bildungsstand, die Art der beruflichen Tätigkeit, die errungene Position, die damit verbundene Verantwortung nach innen und nach aussen, und die ökonomische Stellung gegeben sein» (Schulstatistik BL 1966, S. 12). «Um jeweils die sozio-ökonomische Stellung in hinreichender Weise zu bestimmen, bedarf es einer Reihe zweckdienlicher Angaben. Eine entsprechende Befragung der Schüler über ihre Väter ist jedoch ausgeschlossen. Man begnügte sich daher lediglich nach dem Hauptberuf und nach der eingenommenen Stellung in diesem Beruf zu fragen, trotz aller Mängel, die einer solchen Fragestellung anhaften» (Schulstatistik BL 1966, S. 13). Auf Seite 14 der gleichen Quelle wird auf die erwähnten Mängel hingewiesen, so u. a. mit folgenden Worten: «Unglaublich, was sich alles als Techniker, Chemiker . . . , Ingenieur etc. etc. bezeichnete. Unglaublich aber auch, was sich alles auf dem Papier als ‚Chef‘ umhertollte.» Auf verschiedene Weise wurde versucht, unwahrscheinliche Antworten zu berichtigen; auf Seite 14 muss jedoch abschliessend festgestellt werden: «Unter den geschilderten Umständen sind die Ergebnisse über die sozio-ökonomische Schichtung etwas problematisch und können daher die vorliegenden Verhältnisse nur in ihren Grundzügen, nicht aber mit festumrissener Genauigkeit wiedergeben.» Auch die Schulstatistik BL 1967/68 muss konstatieren (S. 8): «Nach wie vor blieb die Zuteilung des einzelnen Schülers nach der sozio-ökonomischen Stellung des Ernährers . . . eine schwierige Angelegenheit.»

Auf weitere Probleme der Bereitstellung von Grundlagenmaterial soll hier nicht eingegangen werden, obwohl beispielsweise auch die gemeinde- und betriebsweise Wirtschaftsstatistik als Basis für vertretbare Entwicklungsprognosen als ungenügend bezeichnet werden muss. Es ist kaum notwendig, darauf hinzuweisen, dass bei den geschilderten Schwierigkeiten der Unterlagenbeschaffung eine Einsicht in die heutige Struktur der Bildungsbeteiligung nur bedingt möglich ist und deshalb eine strukturelle Bildungsplanung kaum wirksam vorangetrieben werden

⁴ 28½ % aller Schüler nannten Arbeiter/Vorarbeiter/Hilfsarbeiter als Beruf des Vaters; ein grosser Teil der übrigen Antworten konnte nicht nach Berufen gegliedert werden, andere Antworten schienen wenig wahrscheinlich zu sein, wie z. B. bei denjenigen Vätern, deren Beruf mit Arbeiter und deren Stellung im Beruf gleichzeitig mit Angestellter bezeichnet waren.

kann; gleichzeitig leidet selbstverständlich auch die Planung von vorzusehenden Bildungseinrichtungen an unvollständigen Grundlagen.

32 Zur Methode von regionalen Bevölkerungsprognosen

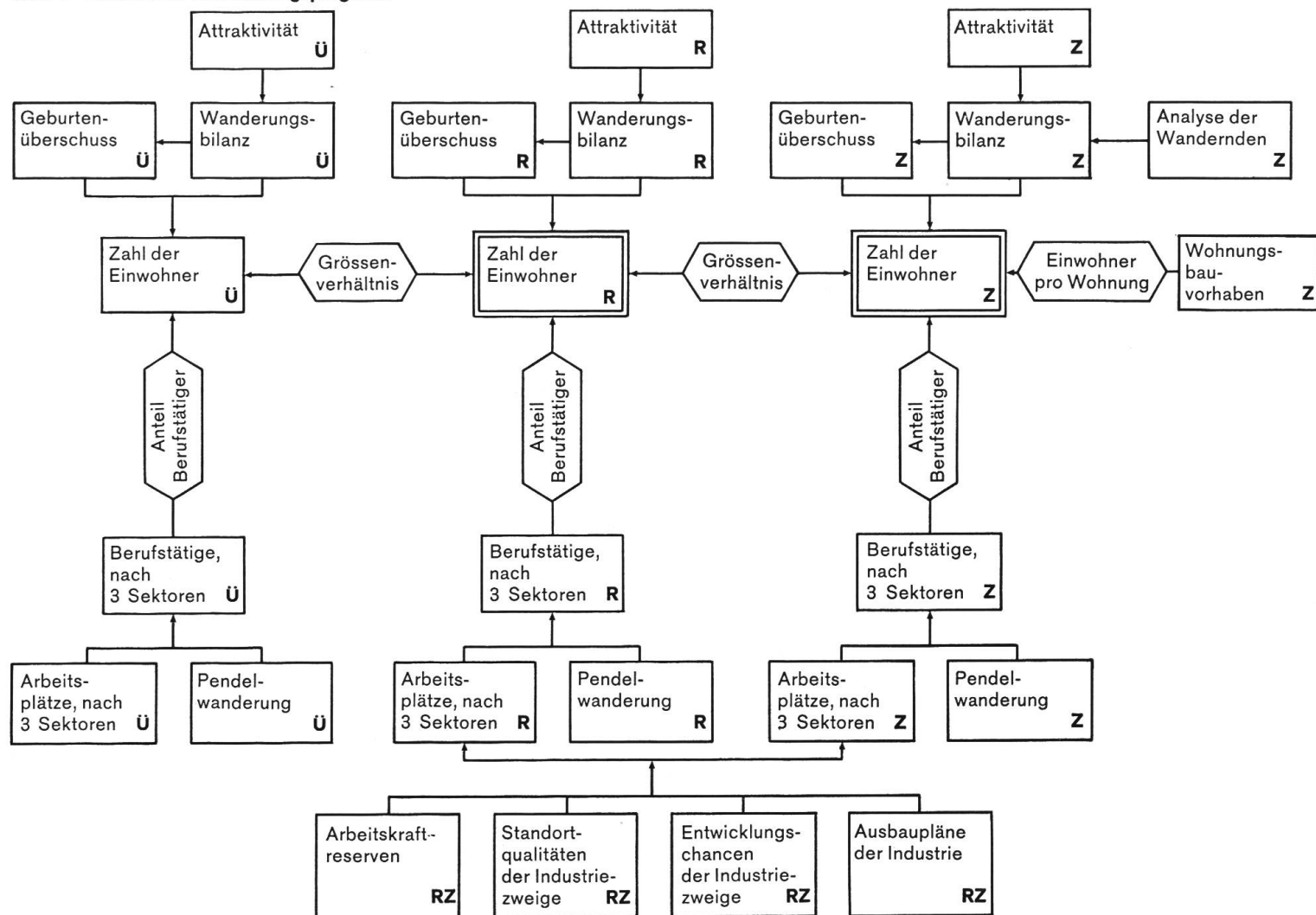
Die wichtigste Grundlage für eine Abschätzung von zukünftig zu erwartenden Schülerzahlen bildet die Bevölkerungsprognose. Da einer solchen weit über den Bereich einer Schulplanung hinaus zentrale Bedeutung zukommt und sie sämtliche Sektoren der Planung berührt oder gar bestimmend beeinflusst, muss ihr ganz besondere Beachtung geschenkt werden. Konkret formulierte Prognosen können in mancher Beziehung stimulierend oder gar alarmierend wirken, was auch an der grossen Wirkung der Bevölkerungsprognose zur Schulplanung Thierstein auf Politiker und Vertreter der Wirtschaft deutlich wurde. Der Umstand, dass neue Kräfte mobilisiert werden können, und sei es nur zur Diskussion der einer Prognose zugrunde liegenden Hypothesen und der regionalen Entwicklungsprobleme, lässt den Wert eines formulierten Zukunftsbildes erkennen und sollte bei Wissenschaftlern die Scheu vor nicht mehr streng belegbaren extrapolierten Aussagen mildern.

Je geringer die Einwohnerzahl einer Region oder eines Teilgebietes (z. B. einer Gemeinde) ist, desto problematischer wird eine Bevölkerungsprognose. Ein vollständiger Verzicht auf Prognosen in kleinen Räumen würde zwar den methodisch kompromisslosen Prognostiker befriedigen; damit wäre jedoch dem Politiker beispielsweise nicht gedient, weshalb trotzdem nach einem gangbaren Weg gesucht werden muss. Ein solcher ist für die Agglomeration Basel einzuschlagen versucht worden (Eichenberger 1968, Tabelle 39), indem «verwandte» Teilgebiete (Gemeinden) zusammengefasst wurden, und zwar derart, dass für alle Gemeinden des Gebietes mit Hilfe zahlreicher struktureller und funktionaler Merkmale isolierten Typs gemeinsam eine Bevölkerungsprognose erarbeitet wurde, welche höheren Wahrscheinlichkeitsgrad erreichte, als es eine solche für einzelne Gemeinden vermocht hätte. Dieses Verfahren schlägt auch Heinz Schaefer vor (1968, S. 217 ff.). Allerdings ging der Bevölkerungsprognose (Trendextrapolation) für Gemeindegruppen des näheren Umlandes von Basel eine Prognose des Gemeinde-Typs voraus (Eichenberger 1968, Karte 48), wodurch weit differenziertere Einsichten in die zukünftige Gestaltung der Kulturlandschaft möglich wurden.

In relativ locker besiedelten Gebieten kommt für kleine Regionen die soeben beschriebene Methode weniger in Frage; hier werden mit Vorteil die Gesamtheit einer sinnvoll begrenzten Region einerseits und der zentrale Ort andererseits als räumliche Einheiten der Prognose zugrunde gelegt, während dann die mögliche Entwicklung einzelner Gemeinden im Rahmen der regionalen Prognose vorsichtig formuliert werden muss. Im übrigen hängt die zu wählende Methode oft von dem zur Verfügung stehenden Datenmaterial ab.

Das *Schema der Bevölkerungsprognose* (Abb. 2) erläutert das gewählte Vorgehen bei der Abschätzung der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung von Region R (Bezirk Thierstein, Bezirk Laufen) und zentralem Ort Z (Breitenbach).

Abb. 2 Schema zur Bevölkerungsprognose



Ü übergeordneter Raum (Kanton Solothurn)
 R Region, Schuleinzugsbereich (Bezirk Thierstein, Bezirk Laufen)
 Z zentraler Ort der Region (Breitenbach)

Alle Elemente des Schemas (Geburtenüberschuss, Anteil Berufstätiger an der Wohnbevölkerung usw.) wollen in ihrer Entwicklung verstanden sein.

Um die Zutreffwahrscheinlichkeit nach Möglichkeit zu erhöhen, wird die Prognose von verschiedener Seite angegangen: Einerseits führen der Entwicklungstrend von Geburtenüberschuss (natürliche Bevölkerungsbewegung) und Wanderungsbilanz, andererseits die Vorausschau in den einzelnen Wirtschaftssektoren zur Bevölkerungsprognose. Veränderungen in dem Grössenverhältnis zwischen unter- und übergeordneten Räumen verbinden die prognostizierten Entwicklungsverläufe miteinander.

Dem nicht mit hohem Wahrscheinlichkeitsgrad extrapolierbaren Entwicklungstrend der Wanderungsbilanz werden Überlegungen zur relativen Attraktivität der entsprechenden Räume zur Seite gestellt; zudem fliessen hier Aspekte der kantonalen Entwicklungs- und Förderungspolitik sowie der Einwanderungsgesetze ein. Der Prognose von Arbeitsplätzen werden Erkundigungen und Beurteilungen über die Chancen der sektoriellen Entwicklung hinzugefügt. Für Breitenbach können zudem die bekannten Wohnbauvorhaben zumindest kurzfristig zusätzliche zweckdienliche Aufschlüsse geben; die Beurteilung der Wanderungsbilanz von Breitenbach wird durch die Analyse eigener Erhebungen über Ziel bzw. Herkunft und Struktur der Wandernden ergänzt (aufgrund der Wanderungskartei der Gemeinde).

Die Resultate können an den bisher von dritter Seite im Untersuchungsraum und in übergeordneten Räumen erarbeiteten Bevölkerungsvorausschätzungen relativiert und die Abweichungen begründet werden. Der Wahrscheinlichkeitsgrad der gewonnenen Prognosen wird u. a. durch Vergleiche mit der Ausbaufähigkeit der Gemeinden (Zonenplan) und durch eine Beurteilung der Entwicklungschancen benachbarter Regionen zu beurteilen versucht.

Im Anschluss an die recht arbeitsaufwendige Methode zur Abschätzung von zu erwartenden Entwicklungsprozessen für den zentralen Ort Breitenbach und für die Region wird für jede Gemeinde eine einfache Extrapolation des Bevölkerungstrends durchgeführt; die aufsummierten Werte müssen für die interessierenden Stichjahre 1980 und 1990 die nach obiger Methode prognostizierten regionalen Einwohnerzahlen ergeben.

Für die gemeindeweise Schülerprognose erweist sich eine altersmässige Gliederung der Einwohnerzahlen als notwendig, was mangels geeigneter statistischer Unterlagen schematisch nach der Struktur einer durchschnittlichen Alterspyramide vorgenommen werden kann; die Ermittlung von zukünftigen Schuljahrgangsstärken berücksichtigt zusätzlich die Repetenten. Lediglich für Breitenbach konnte eine altersspezifische Bevölkerungsprognose vorgenommen werden, welche auf einer Fortschreibung der Einwohner (natürliche Zuwachsrate, unter Berücksichtigung eines sich durch Zuwanderung erhöhenden Bevölkerungsvolumens) und einer altersmässigen Schätzung des Zuwanderungsüberschusses beruht; letztere Abschätzung erweist sich allerdings für grössere Zeitspannen als recht grob!

Auf die nach Alter differenzierten Bevölkerungsprognosen und auf Richtlinien stützt sich die Schüler- und Klassenprognose, auf welche hier jedoch nicht eingegangen werden soll.

33 Zur Frage nach den Standorten von Bildungseinrichtungen

Der Standortwahl kommt auch im Bildungssektor der Infrastrukturplanung entscheidende Bedeutung zu. Im Untersuchungsgebiet drängt sich vor allem eine Konzentration von Schulen der Oberstufe (Ober-, Sekundar- und Bezirksschule) auf, nachdem sich diese Schularten bisher eher nach dem «Giesskannenprinzip» (Geipel 1969, S. 15) oder nach dem Motto «Jeder Gemeinde ihre Oberstufenschule» auf verschiedene Standorte verteilten. Gegen eine derartige Standortpolitik sprechen zahlreiche Argumente, so vor allem die Unmöglichkeit, Begabungsgruppen über Schularten hinweg zu bilden, der verhinderte optimale Einsatz von Lehrkräften, Zusatzräumlichkeiten, Einrichtungen und Anlagen, die Erschwerung eines Schulbus-Systems sowie eine ungünstige Beeinflussung der Schüler bei der Wahl der Oberstufen-Schulart, da der Wohnort in der Regel unverhältnismässig häufig als Schulort bevorzugt wird. Im neuen Volksschulgesetz des Kantons Solothurn von 1969 wird den modernen Anforderungen an ein Schulsystem weitgehend Rechnung getragen, u. a. durch die Forderung von Oberstufenzentren und durch die Möglichkeit einer Einflussnahme der kantonalen Erziehungsdirektion auf Standortbestimmung und Bildung von Schulkreisen. Damit wird im Schulbereich eine aktive Sanierung eingeleitet, welche — Hand in Hand mit Massnahmen in anderen Sektoren — in relativ dünn besiedelten Räumen die Aufgabe hat, an die Stelle von zu klein dimensionierten und unzuweckmässigen Einrichtungen eine leistungsfähige Infrastruktur zu setzen. Nur auf diese Weise kann einer Abwanderung gesteuert werden, deren Motive die Suche nach besseren Lebensbedingungen, insbesondere auch nach optimalen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und nach umfassender Versorgung, sind⁵. Im Sinne eines Auffangens von Abwanderungstendenzen ist die sich abzeichnende Bevölkerungskonzentration innerhalb schwach besiedelter Räume durchaus nicht nur negativ zu beurteilen; zumindest könnte dieser Vorgang Bestrebungen zur Stärkung der Region durch eine Stärkung ihres Zentrums entgegenkommen.

Die Schulstandorte sollten sich in erster Linie nach der den Schülern des Einzugsgebietes *zumutbaren Entfernung* vom Wohnort richten, wobei zusätzlich die kleinstmögliche durchschnittliche Entfernung pro Schüler anzustreben ist. Bei der Wahl der Lage von Schulgebäuden sind das Relief (flaches Gelände für Sportanlagen), mögliche Immissionen, das Klima (Besonnung, Kaltluft usw.) sowie die Verkehrssituation zu beachten.

Die provisorischen Richtlinien des ORL-Instituts der ETH (1968) sprechen bei Primarschulen von einem maximalen Schulweg von zehn Minuten oder 800 m, was im Bezirk Thierstein für den grössten Teil der Schüler gegeben sein dürfte. Einzig die Einzelhofsiedlung Beinwil stellt eine Ausnahme dar, indem hier zahlreiche Schüler sehr weite Schulwege vorfinden. Für die Oberstufen-Schulen wird vom ORL-Institut ein Einzugsbereich von maximal 15—20 Minuten (oder

⁵ Diesen Abwanderungs-Prozess und seine Folgen charakterisiert Geipel wie folgt: «Die mobile Bevölkerung von Räumen geringerer sozialer Aufstiegschancen drängt durch Wanderung nach einem Ausgleich (der Benachteiligung) und wirkt dadurch Leitvorstellungen der Raumordnung von einer wirksamen Dezentralisation entgegen» (Geipel 1969, S. 24).

Tabelle 1 Berechnung der mittleren Wege für Breitenbach und Büsserach 1967 und 1990

Gemeinde	Einwohner 1967	Abstand von Breitenbach in km	Einwohner x km für Standort Breitenbach	Abstand von Büsserach in km	Einwohner x km für Standort Büsserach	Einwohner 1990	Einwohner x km für Standort Breitenbach	Einwohner x km für Standort Büsserach
Bärschwil	926	10 ¹ / ₂	9 720	11 ¹ / ₄	10 410	910	9 550	10 230
Beinwil *	398	9	3 780	7	2 980	400	3 800	3 000
Breitenbach	2 303	—	—	2	4 610	3 800	—	7 600
Büsserach	1 611	2	3 220	—	—	2 150	4 300	—
Erschwil	893	4 ¹ / ₄	3 800	2 ¹ / ₄	2 010	1 080	4 600	2 430
Grindel	513	5 ¹ / ₂	2 820	5 ¹ / ₂	2 820	570	3 140	3 140
Kleinlützel	1 326	10 ³ / ₄	14 250	11 ¹ / ₂	15 250	1 275	13 700	14 700
Total	7 970		37 590		38 080	10 185	39 090	41 100
durchschnittliche Wege pro Einwohner			4,720 km		4,790 km		3,840 km	4,040 km

* wegen Streusiedlung etwas mehr (Einwohner x km) gerechnet

Quelle: Ulrich Eichenberger 1969 c, S. 35

Tabelle 2 Berechnung der mittleren Wege für den Raum Nunningen 1990

Gemeinde	Einwohner 1990	Abstand von Meltingen in km	Einwohner x km für Standort Meltingen	Abstand von Nunningen in km	Einwohner x km für Standort Nunningen	Abstand von Zullwil in km	Einwohner x km für Standort Zullwil	Abstand von Meltingen/ Zullwil * in km	Einwohner x km für Standort Meltingen/ Zullwil *
Fehren	410	1 ³ / ₄	720	3 ¹ / ₂	1 440	2	820	1 ¹ / ₄	510
Himmelried	420	6 ³ / ₄	2 840	6 ¹ / ₄	2 620	7	2 940	6 ¹ / ₄	2 620
Meltingen	690	—	—	2 ³ / ₄	1 900	1 ¹ / ₄	860	1 ¹ / ₂	350
Nunningen	1 930	2 ³ / ₄	5 300	—	—	1 ¹ / ₂	2 900	2 ¹ / ₄	4 350
Zullwil	670	1 ¹ / ₄	840	1 ¹ / ₂	1 000	—	—	3 ³ / ₄	500
Total	4 120		9 700		6 960		7 520		8 330
durchschnittliche Wege pro Einwohner			2,360 km		1,690 km		1,830 km		2,020 km

* zukünftiger gemeinsamer Standort der Primarschule

Quelle: Ulrich Eichenberger 1969 c, S. 36

1,5 km) angegeben, was im Bezirk Thierstein allerdings nur an wenigen Orten realisierbar erscheint, befinden wir uns doch in einem relativ dünn besiedelten, durch Relief und Verkehrsverhältnisse oft stark benachteiligten Gebiet.

Da die Forderungen nach Wirtschaftlichkeit der Investitionen, nach bestmöglichem Einsatz von Lehrkräften sowie nach hoher Qualität des Unterrichts, welche deutlich ein Mindestmass an Konzentration beinhalten, nicht aus der Diskussion um Schulstandorte verbannt werden dürfen, müssen auch weitere Schulwege in Kauf genommen werden, was allerdings eine Lösung des Schülertransportproblems erheischt.

Eine objektive Beantwortung der Frage nach zweckmässigen Schulstandorten der Oberstufe soll durch die Ermittlung der *mittleren Wege* für die Bevölkerung innerhalb möglicher Einzugsbereiche (Schulkreise) erleichtert werden. Die mittleren Entfernungen berechnen sich als Summe der mit der jeweiligen Entfernung vom möglichen Schulstandort multiplizierten Einwohnerzahlen jeder Gemeinde, dividiert durch die Einwohnerzahl des gesamten Schulkreises (siehe Tabellen 1 und 2).

Der Tabelle 1 kann entnommen werden, dass sich im westlichen Teil des Bezirks Thierstein sowohl Breitenbach als auch Büsserach als Standort für ein Oberstufen-Zentrum eignen. Die durchschnittliche Distanz für jeden Einwohner (oder Schüler) beträgt zwischen 3,8 und 4,8 km (vgl. ORL-Richtlinien von maximal 1,5 km!), was ein Schulbus-System nötig macht.

Tabelle 2 macht deutlich, dass von den untersuchten Standorten Meltingen am wenigsten zentral gelegen ist, während Nunningen als der für ein Oberstufen-Zentrum bestgeeignete Ort im «Gebirg» bezeichnet werden kann. Die mittleren Weglängen bleiben hier deutlich unter 2 km.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich vom Gesichtspunkt der Erreichbarkeit Breitenbach und Büsserach einerseits sowie Nunningen andererseits als Standorte für Oberstufen-Zentren anbieten. Breitenbach muss als Standort der Gemeinde Büsserach vorgezogen werden, beherbergt es doch als Bezirkshauptort sowohl mehr Einwohner als auch zentrale Dienste und zudem den weitaus grössten Industriebetrieb der ganzen Region; Breitenbach ist deshalb organisatorisch und finanziell am besten in der Lage, bedeutende Infrastruktureinrichtungen zu übernehmen. Zudem weist Breitenbach heute schon, mit Ausnahme der Sekundarschule und der landwirtschaftlichen Berufsschule, sämtliche Schularten sowie zahlreiche zusätzliche schulische Einrichtungen auf.

LITERATUR

«Basler Nachrichten» (1964), Nr. 147 vom 8. April 1964. Basel

Bergjohann, Eberhard (1967): Bildungsplanung, ein Instrument der Regionalpolitik. Aus: Bildungseinrichtungen in der regionalen Planung, S. 9—12. Arbeitsgruppe Standortforschung, Technische Universität Hannover. Hannover

Bergjohann, Eberhard und Geissler, Clemens (1966): Bevölkerungsentwicklung und Schulbesuch. Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung, Technische Universität Hannover, Bd. 2. Hannover

- Bienz, Georg* (1968): Das Bedürfnis nach höheren Mittelschulen im schweizerischen Teil der Regio. Regio Basiliensis IX, S. 450 ff. Basel
- Eichenberger, Ulrich* (1968): Die Agglomeration Basel in ihrer raumzeitlichen Struktur. Basler Beiträge zur Geographie, Heft 8. Basel
- Eichenberger, Ulrich* (1969 a): Eine Schulplanung für Breitenbach. Regio Basiliensis X, S. 131 f. Basel 1969
- Eichenberger, Ulrich* (1969 b): Schulplanung Thierstein, Teile I und II. Maschinengeschrieben
- Eichenberger, Ulrich* (1969 c): Die Planung von Schuleinrichtungen im Bezirk Thierstein. Isola-Rundschau, Hauszeitschrift der Schweizerischen Isola-Werke Breitenbach, Nr. 4/1969, S. 25—38
- Gallusser, Werner* (1961): Studien zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeographie des Laufener Juras. Basler Beiträge zur Geographie und Ethnologie, Heft 4. Laufen
- Geipel, Robert* (1968): Der Standort der Geographie des Bildungswesens innerhalb der Sozialgeographie. Münchner Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie, Band 4. Kallmünz/Regensburg
- Geipel, Robert* (1969): Bildungsplanung und Raumordnung als Aufgaben moderner Geographie. Geographische Rundschau 1/1969, S. 15—26. Braunschweig
- Geissler, Clemens und Back, Hans-Jürgen* (1969): Zur regionalen Bildungsplanung für einen Versorgungsbereich. Vorabdruck eines Aufsatzes für den Forschungsausschuss Raum und Landwirtschaft der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
- Isliker, H. R.* (1968): Infrastruktur-Bedarfsermittlung. «Plan» 1968, 25. Jg., S. 11—18. Zürich
- «National-Zeitung» (1968), Nr. 71 vom 12. Februar 1968. Basel
- ORL-Institut der ETH (1968): Provisorische Richtlinien zur Orts-, Regional- und Landesplanung, Blatt 515 501. Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
- Schaefer, Heinz* (1968): Entwurf eines Prognoseverfahrens für kleine Regionen. Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen, Heft 3 1968, S. 215—223
- Schulstatistik des Kantons Basel-Landschaft 1966. Mitteilung Nr. 49. Statistisches Amt des Kantons Basel-Landschaft. Liestal 1969
- Schulstatistik des Kantons Basel-Landschaft 1967/68. Mitteilung Nr. 50. Statistisches Amt des Kantons Basel-Landschaft. Liestal 1969

CONTRIBUTION A LA MÉTHODOLOGIE DE LA PLANIFICATION RÉGIONALE EN MATIÈRE D'EQUIPÉMENTS DE FORMATION CULTURELLE (Résumé)

La planification en matière de formation fait partie de la planification des infrastructures; elle comporte à un haut degré des incidences nombreuses sur l'évolution future. Le point de départ fondamental reste cependant la recherche en matière de formation, qui a été longtemps négligée, et qui a révélé des décalages importants entre les buts socio-politiques d'une part, et la réalité d'autre part. Des disparités d'ordre social et régional soulignent l'urgence d'une recherche dans un domaine particulièrement désigné pour le géographe.

Le schéma (fig. 1) montre le processus par lequel on peut déterminer les mesures à prendre dans le domaine de la formation. Les caractéristiques structureaux que prévoit le plan d'une part, les objectifs formulés par les différentes instances d'autre part permettent, moyennant les normes et la localisation reconnues, d'évaluer la dimension des besoins en établissements culturels et à en prévoir la réalisation.

La méthode en question se trouve appliquée dans la région de Laufen-Thierstein; les résultats succincts en ont été publiés dans la «Isola-Rundschau» N° 4, Breitenbach 1969. Dans le précédent article on insiste particulièrement sur les conditions préliminaires qui risquent de contrarier toute recherche et structure planifiée dans la région.

La méthode d'une prévision démographique dans de petits espaces est discutée au chapitre 32 et à partir du schéma de la fig. 2. La prévision atteint un degré de probabilité valable du fait que le problème a été examiné et mesuré dans la région et ses points de centralité à partir de points de départ différents.

Enfin on examine le problème de la localisation des établissements de formation. On justifie d'abord les avantages que présente le regroupement en centres de classes terminales provenant de catégories d'écoles différentes. Ceux-ci constituent les meilleures solutions tant du point de vue résultats que prix de revient en vue de la satisfaction des besoins de formation actuels. Le légitime souci de ne pas trop éloigner les écoles du domicile des élèves ne peut souvent être satisfait, dans des régions de faible peuplement, que par les transports scolaires. Il en résulte que pour l'ensemble des communes, l'implantation des centres de classes supérieures devrait se faire, pour la partie occidentale du district de Thierstein au chef-lieu Breitenbach et dans la localité plus petite de Büsserach, pour la partie orientale dans la commune de Nunningen. (Trad. *P. Meyer*)